

Stand: 07.06.2026 20:19:40

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/2434

"Worte und Gesten reichen nicht! Bund muss Bevölkerungsschutz wieder finanziell aufbessern!"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/2434 vom 12.06.2024
2. Plenarprotokoll Nr. 22 vom 13.06.2024
3. Beschluss des Plenums 19/2498 vom 18.06.2024
4. Plenarprotokoll Nr. 23 vom 18.06.2024



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Holger Dremel, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Petra Guttenberger, Josef Zellmeier, Daniel Artmann, Barbara Becker, Maximilian Börtl, Dr. Alexander Dietrich, Alex Dorow, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Karl Freller, Thorsten Freudenberger, Sebastian Friesinger, Martina Gießübel, Alfred Grob, Patrick Grossmann, Josef Heisl, Thomas Holz, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Andreas Kaufmann, Manuel Knoll, Harald Kühn, Dr. Stephan Oetzinger, Werner Stieglitz, Helmut Schnotz, Martin Stock, Karl Straub, Peter Wachler und Fraktion (CSU)**

**Worte und Gesten reichen nicht! Bund muss Bevölkerungsschutz wieder finanziell aufbessern!**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag drückt seine höchste Anerkennung für den Einsatz und den Zusammenhalt der Bürgerinnen und Bürger sowie der haupt- und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer seit dem Hochwasser am Fronleichnamswochenende aus. Sie haben eine enorme Leistung erbracht. Der Landtag dankt den fast 80 000 Helferinnen und Helfern, auch aus den anderen Ländern und benachbarten Staaten, für ihren heldenhaften Einsatz, der gar nicht hoch genug bewertet werden kann. Viele haben aus Solidarität Leben und Gesundheit für andere Menschen in Not riskiert und Schlimmeres verhindert.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, die Möglichkeit einer Anerkennung für die Helferinnen und Helfer zu prüfen und dem Landtag darüber zu berichten.

Der Landtag stellt fest, dass Bayern mit seinen Investitionen in den Katastrophenschutz die richtigen Schwerpunkte gesetzt hat. In den vergangenen 10 Jahren sind allein für den Katastrophenschutz über 170 Mio. Euro in die Ausstattung der Kommunen (Feuerwehren) sowie der Hilfs- und Einsatzorganisationen investiert worden. Die Ausgaben für den Brandschutz und die Staatlichen Feuerwehrschulen summieren sich auf 804,4 Mio. Euro. Auch nach der Flut-Katastrophe im rheinland-pfälzischen Ahrtal, aber auch in Nordrhein-Westfalen und bei uns in Bayern im Sommer 2021 wurden vorausschauend mit den Organisationen, Verbänden und Experten das Geschehen ausgewertet und Lehren daraus gezogen.

Der Landtag unterstützt ausdrücklich die Staatsregierung in ihrem weiteren Bestreben, den Katastrophenschutz zu stärken. Dies umfasst für Bayern neben den bereits bestehenden drei hochmodernen Staatlichen Feuerwehrschulen, dem weiteren Ausbau des Bayerischen Zentrums für besondere Einsatzlagen (BayZBE) in Windischeschenbach und der geplanten Errichtung des Bayerischen Zentrums für Alpine Sicherheit (BayZAS) in Bad Tölz auch die Trainingsmöglichkeit für die Wasserrettungsorganisationen Wasserwacht Bayern im Bayerischen Roten Kreuz und Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft zu verbessern. Für die ins Auge gefasste Errichtung eines Bayerischen Wasserrettungszentrums (BayWRZ) haben die betroffenen Organisationen bereits konzeptionelle Vorschläge erarbeitet, die gegenwärtig gemeinsam finalisiert werden.

Der Landtag begrüßt, dass der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung zu Sicherheitslage am 6. Juni 2024 die Notwendigkeit eines funktionierenden Hilfeleistungssystems hervorgehoben hat. Der Landtag stellt fest, dass dieser eine Aussage zur Finanzierung allerdings schuldig geblieben ist.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Bund in diesem Zusammenhang an seine Pflicht zu einer auskömmlichen Ausstattung der auch für den Zivilschutz relevanten Organisationen – Feuerwehren, freiwillige Hilfsorganisationen und Technisches Hilfswerk (THW) – weiter zu erinnern und den Kürzungen im Bundeshaushalt in diesem Bereich weiterhin entschieden entgegenzutreten.

### **Begründung:**

Die Gewährleistung von Schutz und Sicherheit für die Bevölkerung ist eine der Grundbedingungen für die freiheitliche Demokratie und für die Stabilität unseres Gemeinwesens. Angesichts zunehmender sicherheitspolitischer Herausforderungen, Krisen und Katastrophen wird der Bedarf gesehen, die behördlichen Strukturen im Katastrophen- und Zivilschutz weiter zu verbessern und zu stärken. Damit sollen insbesondere notwendige Vorkehrungen zur Abwehr von Großschadenslagen und Katastrophen, aber auch für nicht mehr auszuschließende kriegerische Auseinandersetzungen in Deutschland und Europa (Stichwort: Organisationsplan Deutschland der Bundeswehr) bestmöglich getroffen werden können.

Ein wirksamer Bevölkerungsschutz baut auf ein integriertes Hilfeleistungssystem, an dem Bundeseinrichtungen (THW, Bundeswehr, Bundespolizei), alle Landesbehörden sowie Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts und die Kommunen, insbesondere mit ihren Feuerwehren, neben den Rettungs- und Einsatzorganisationen – dies sind vor allem die Gliederungen der freiwilligen Hilfsorganisationen ASB, BRK, DLRG, JUH und MHD – mitwirken. Gemeinsam mit diesen Akteuren bilden die Katastrophenschutzbehörden das Rückgrat zur Bewältigung von Großschadenslagen und Katastrophen.

Der Bund spart hier an der falschen Stelle und setzt die falschen Prioritäten: Anders als der Freistaat Bayern kommt der Bund seiner Verantwortung für den Bevölkerungsschutz bisher nicht in angemessener Weise nach. Zwar hat die Bundesministerin des Innern und für Heimat am 13.07.2022 einen Neustart im Bevölkerungsschutz angekündigt. Tatsache ist aber, dass die Mittel für das THW und für das BBK seit 2022 massiv gekürzt wurden. Die ergänzende Ausstattung des Bundes im Katastrophenschutz ist defizitär. So warten viele Feuerwehren und Hilfsorganisationen in allen Ländern seit Jahren auf Einsatzfahrzeuge. Aktuell beläuft sich der Fehlbestand in Bayern auf 293 Fahrzeuge, die der Bund in seiner Ausstattungskonzeption angekündigt hat.

Mit dem Bundeshaushalt 2024 wurden die Mittel für den Bevölkerungsschutz abermals erheblich reduziert. Von den 189 Mio. Euro, die im Einzelplan 06 des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI) im Haushaltsentwurf des Bundes eingespart werden sollten, gingen fast die Hälfte, nämlich 91 Mio. Euro, zulasten des Bevölkerungsschutzes. Die Kürzungen für das THW betragen am Ende 6,3 Prozent und für das BBK mehr als 20 Prozent. Die umfangreichen Kürzungen beim BBK betreffen vor allem die Mittel für den ergänzenden Katastrophenschutz zugunsten der Länder (Reduktion um 9 Prozent) und die Umsetzung der Konzeption Zivile Verteidigung zur Unterstützung der Länderkapazitäten für die Betreuung von Bürgern in Krisensituationen (Mobiles Betreuungsmodul 5 000).

Auch in der Nationalen Sicherheitsstrategie wird die Stärkung des Bevölkerungsschutzes als wesentliche Voraussetzung der Integrierten Sicherheit verstanden. Konkrete Folgen und Maßnahmen in diese Richtung sind seitens des BMI indes nicht festzustellen. Bereits im Juni 2022 hat die Innenministerkonferenz anknüpfend an das 100 Milliarden Euro Sondervermögen für die Bundeswehr einen Stärkungspakt Bevölkerungsschutz gefordert, der in Ergänzung der finanziellen Anstrengungen der Länder Investitionen des Bundes von bis zu zehn Milliarden Euro innerhalb der nächsten zehn Jahre einfordert und diese Forderung bereits mehrfach erneuert. Der Bundesrat hat diese Forderung in seiner Entschließung vom 07.10.2022 (BR-Drs. 438/22(B)) betreffend die nachhaltige Stärkung des Zivil- und Katastrophenschutzes durch den Bund aufgegriffen. Die weitere Entschließung des Bundesrates für eine „Umfassende Stärkung des Bevölkerungsschutzes durch Bund und Länder“ vom 26.04.2024 (BR-Drs. 135/24(B)) bekräftigt dies erneut. Die Notwendigkeit eines stärkeren, der aktuellen Sicherheitslage

und der Verantwortung des Bundes Rechnung tragenden Engagements im Bevölkerungsschutz wird seitens der Bundesregierung weiterhin nicht mit auskömmlichen Finanzmitteln hinterlegt.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Norbert Dünkel

Abg. Florian Siekmann

Abg. Holger Dremel

Abg. Bernhard Heinisch

Abg. Richard Graupner

Abg. Christiane Feichtmeier

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Ich rufe nun zur gemeinsamen Beratung auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU)**

**Worte und Gesten reichen nicht! Bund muss Bevölkerungsschutz wieder finanziell aufbessern! (Drs. 19/2434)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Bayerischen Katastrophenschutz zukunftsfähig aufstellen - echte Wertschätzung für alle Helferinnen und Helfer (Drs. 19/2465)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Herrn Kollegen Norbert Dünkel das Wort. Wir haben noch knapp 22 Minuten Beratungszeit. Wenn sich die Fraktionen ein bisschen disziplinieren, kommen wir noch zur Abstimmung vor 18 Uhr. – Herr Dünkel, Sie haben das Wort.

**Norbert Dünkel (CSU):** Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen!

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Herr Dünkel, ich möchte Sie nicht unterbrechen – nur ganz kurz, damit die Zeit läuft: Auch die GRÜNEN beantragen zu Ihrem Dringlichkeitsantrag namentliche Abstimmung. – Jetzt haben Sie das Wort.

**Norbert Dünkel (CSU):** Wir haben heute viel über die Entwicklung von Katastrophen gesprochen und verlieren ein bisschen aus dem Auge, was vor ungefähr acht Wochen in Moskau passiert ist: Putin hat die Entscheidung getroffen, dass künftig 10 % des Bruttosozialprodukts Russlands in die Rüstung investiert werden. Das führt natürlich zu Bewertungen durch die NATO. Auch der NATO-Generalsekretär geht davon aus, dass die Kriegsfähigkeit auch über die Grenzen Russlands hinaus spätestens bis zum Jahr 2029 erreicht sein wird.

Wir sehen die Entwicklung. Wir haben die Annexion der Krim 2014 gesehen, wir haben den Angriff auf die Ukraine am 24.02.2022 gesehen, und als Reaktion ist jetzt die Verlegung einer Brigade der deutschen Bundeswehr nach Litauen erfolgt. Wir selbst sind in den unterschiedlichen Katastrophenstäben damit beschäftigt, uns zu überlegen, was es für Auswirkungen auf Deutschland hätte, wenn ein Verteidigungsfall für eines der NATO-Bündnisländer eintritt.

Das hätte natürlich ganz eklatante Auswirkungen. Vor dem Hintergrund dieses Szenarios haben wir jetzt Veränderungen in der Bundesfinanzierung. Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern und vielleicht auch viele Kolleginnen und Kollegen, die damals schon im Landtag waren: Am 11.03.2015 hatten wir auf meine Initiative ein Gespräch mit dem damaligen Ministerpräsidenten Seehofer, Gerda Hasselfeldt, Florian Herrmann und Joachim Herrmann, um die Mittel für den Katastrophenschutz und für das THW in Deutschland aufzustocken. Wir haben es damals geschafft, 180 Millionen Euro zusätzliche Mittel zu erhalten, um insbesondere das Technische Hilfswerk besser aufzustellen und zu entwickeln. Zur Bundesanstalt Technisches Hilfswerk nur zwei Zahlen: Wir hatten 2020 343 Millionen Euro, und wir hatten 2022 544 Millionen Euro. Das ist eine Steigerung um 200 Millionen Euro.

Und jetzt, obwohl wir feststellen, dass wir bei der Bundeswehr einen eklatanten Nachholbedarf haben, der sich natürlich auch im zivilen Verteidigungsschutz abbildet, wo ich ebenfalls von einem Delta von 10 Milliarden Euro ausgehe, erfolgen in allen Bereichen Kürzungen. Genau gesagt, der Bundeshaushalt für das THW sinkt im Jahr 2024 auf 401 Millionen Euro. Das ist ein Minus von 143 Millionen Euro.

Aber es hängt nicht alleine beim THW. Wir haben auch noch das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Auch da erfolgen Kürzungen. Es ist das gleiche, vergleichbare Spiel: Im Jahr 2020 hatten wir 172 Millionen Euro, im Jahr 2022 hatten wir 285 Millionen Euro, und jetzt wird gekürzt auf 168 Millionen. Das ist ein Minus von 117 Millionen. Zusammen mit der Kürzung der Mittel für das THW unter-

lässt der Bund im Jahr 2024 die Bereitstellung einer Gesamtsumme von 260 Millionen Euro beim Katastrophenschutz.

(Michael Hofmann (CSU): Hört, hört!)

Die Innenministerkonferenz der Länder hat den Bund bereits 2022 einstimmig aufgefordert – also auch die SPD-regierten Länder, auch die Länder, in denen die GRÜNEN mit in Regierungsverantwortung sind –, hier jetzt eine bedarfsgerechte Mittelzuweisung zu veranlassen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte nur darauf hinweisen, dass wir im Augenblick alleine bei der Fahrzeugausstattung einen Fehlbestand von 293 Einsatzfahrzeugen haben. 535 von 828 Fahrzeugen stehen zur Verfügung. Ein weiteres Beispiel ist die Sirenenalarmierung. Als die Rettungsdienste mit Meldeempfängern ausgestattet wurden, sind in allen Gemeinden die Sirenen abgebaut worden, weil jeder gesagt hat: Das brauchen wir nicht mehr, die Leute werden jetzt über Meldeempfänger alarmiert.

Wir haben keine Möglichkeit, eine zivile Katastrophenwarnung herauszugeben. Mir wurde auf Anfrage gesagt: Na ja, dann fährt die Feuerwehr herum oder die Polizei, die machen eine Lautsprecherdurchsage und warnen die Bevölkerung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, da fährt keine Feuerwehr und keine Polizei. Wenn wir einen Katastrophenfall haben, dann sind die alle im Einsatz. Deshalb brauchen wir eine Nachsorge mit den Sirenenausstattungen.

Der Bund bezahlt 2024 eineinhalb Millionen Euro für die Nachrüstung der Sirenen. Ich habe mir die Zahlen für Bayern geben lassen. Wir haben einen Bedarf von 240 Millionen. Wer sich das jetzt mal ausrechnet, der weiß, da ist jeder Katastrophenfall vorbei, da ist jeder Verteidigungsfall vorbei. Hier gibt es eine völlig illusorische, an den Gegebenheiten und Bedürfnissen vorbeigehende Entwicklung der Politik in diesem Bereich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Tobias Reiß (CSU): Bravo!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich fasse zusammen: Wir haben eine ganz erhebliche Bedarfslage, das jetzt aufzugreifen, und fordern die Staatsregierung auf, noch mal gegenüber der Bundesregierung tätig zu werden. Das ist Gegenstand unseres Antrages. Ich meine, dass er wohlformuliert ist. Ich meine, dass er umfänglich ausreichend formuliert ist. Deshalb werden wir es auch bei unserem Antrag belassen. Den Nachzieher der GRÜNEN, der noch kurzfristig gekommen ist, sehen wir insoweit nicht als notwendig an. – Vielen Dank, meine Redezeit ist um.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Dünkel. – Nächster Redner ist Herr Kollege Florian Siekmann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Florian Siekmann (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich schließe mich natürlich zunächst dem Dank an alle Helferinnen und Helfer, an alle Kameradinnen und Kameraden an, der in beiden Anträgen zum Ausdruck kommt.

Nach den vielen Forderungen an den Bund möchte ich schon daran erinnern, dass der Katastrophenschutz selbst, ohne den Zivilschutz, natürlich erste Aufgabe des Freistaates Bayern ist. Das ist im Grundgesetz und in Katastrophenschutzgesetzen auch ausdrücklich so vorgesehen.

Sie führen in Ihrem Antrag viele Millionenbeträge auf, und trotzdem sehen wir, dass wir auch bei uns in Bayern noch erheblichen Bedarf haben. Letzte Woche haben wir beim Haushalt leidenschaftlich über die Zustände der Feuerwehrrhäuser diskutiert, die der Grundstein jeder Gefahrenabwehr in der Gemeinde sind, der Ankerpunkt, von dem aus Katastrophenschutz stattfinden kann, an dem die ehrenamtlichen Einsatzkräfte ihr Zuhause haben. Da ist aus unserer Sicht zu tun.

Kollege Dünkel hat die 10.000 fehlenden Sirenen angesprochen. Da möchte ich jetzt doch einmal das Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetz bemühen. Das wird da nämlich sehr deutlich: "Soweit die für den Katastrophenschutz erforderlichen Warnmittel für Zwecke des Zivilschutzes nicht ausreichen, ergänzt der Bund das Instrumentarium." – Ergänzt! Das heißt nicht, dass der Bund Mittel bereitstellt, um alle fehlenden 10.000 Sirenen zu kaufen, sondern das heißt: Bund und Länder sind in der Pflicht, sich auf gemeinsame Programme zu einigen. Ja, das ist in den vergangenen Jahrzehnten auch unter Unionsinnenministern im Bund sträflich vernachlässigt worden. Uns fehlen heute viel zu viele Sirenen. Aber es ist eben auch in der Verantwortung des Freistaates Bayern, ein eigenes Sirenenförderprogramm aufzulegen; denn die Leistung des Bundes – so steht es glasklar im Gesetz – ist vor allem eine Ergänzung.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Auch die laufenden Kosten für die staatlichen Katastrophenschutzfahrzeuge machen den gemeinnützigen Hilfsorganisationen durchaus zu schaffen.

Aber wir sind auch als Landesgesetzgeber gefordert. Es geht hier um die Fragen: Wie bringen wir Wertschätzung entgegen? Wie schaffen wir bestmögliche Voraussetzungen, um Katastrophen hier im Freistaat zu begegnen?

Die Innenministerkonferenz ist bemüht worden. Die hat noch mehr entschieden. Die hat auch entschieden, es soll endlich eine vollständige Gleichstellung aller Helferinnen und Helfer im Katastrophenfall umgesetzt werden. Das heißt, dass eben nicht nur Feuerwehr und THW durch Gesetz deutlich privilegiert sind, wenn es um die Aus- und Fortbildung der Einsatzkräfte geht, sondern dass das auch für die Katastrophenschutzhelferinnen und -helfer in den gemeinnützigen Hilfsorganisationen gelten muss. Da hat Bayern Nachholbedarf. Da sind wir als Landesgesetzgeber gefordert, endlich eine Änderung der Rechtsgrundlage zu schaffen, damit alle Helferinnen und Helfer für Aus- und Fortbildung umfänglich freigestellt werden können und auch Anspruch dar-

auf haben, wenn das erforderlich ist; denn es gibt im Einsatz – davon bin ich fest überzeugt – keine Helferinnen und Helfer erster und zweiter Klasse. Wir brauchen sie alle.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das THW ist angesprochen worden. Auch darüber haben wir letzte Woche schon diskutiert. Da möchte ich nur an eines erinnern: Der Sanierungsbedarf bei den Ortsverbänden, den Liegenschaften ist zum Teil erheblich. Sie kennen das alle aus Ihren Stimmkreisen. Die fehlenden Fahrzeuge wurden aufgeführt. Die sind nicht in den letzten zwei Jahren alle kaputtgegangen. Auch die Gebäude sind nicht in den letzten zwei Jahren alle heruntergekommen oder baufällig geworden. Beim THW gab es 2013 nur einen Haushaltsansatz von 178 Millionen Euro, meilenweit von den 400 Millionen Euro entfernt, die es dieses Jahr sind. Da haben wir einen großen Sanierungsstau. Dass es auch gar nicht so einfach ist, die Mittel auszugeben, sehen wir an den Haushaltsresten in Höhe von 200 Millionen Euro an Investitionsmitteln beim THW, die in den Jahren, in denen sie bereitgestellt worden sind, gar nicht ausgegeben werden konnten. Nichtsdestoweniger teile ich Ihre Einschätzung, dass wir im nächsten Jahr im Einzelplan für das THW, im Einzelplan für das BBK auf jeden Fall mehr Mittel brauchen und mehr Mittel wollen. Auch wir werden das auf Bundesebene aus Bayern heraus vorantreiben.

Ich appelliere aber an Sie: Vergessen wir nicht die Hausaufgaben, die wir im Katastrophenschutz selbst hier in Bayern zu erledigen haben. Es ist ein ambitioniertes Konzept "Katastrophenschutz Bayern 2025" geschrieben worden. Das muss jetzt umgesetzt werden. Das wird viel Geld kosten. Wir wollen uns daranmachen für den Katastrophenschutz in Bayern. Wir brauchen die ehrenamtlichen Einsatzkräfte, wir brauchen die Helferinnen und Helfer. Sie haben es verdient, von uns im Parlament maximale Aufmerksamkeit zu bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Siekmann.  
– Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Holger Dremel, CSU-Fraktion.

**Holger Dremel (CSU):** Herr Kollege Siekmann, wie auch letzte Woche muss ich ein bisschen unterstützen. Ich habe das gerne per WhatsApp bereits getan. – Über Katastrophenschutz haben wir heute gar nicht geredet, sondern wir reden über Bevölkerungsschutz und über Zivilschutz. Im Katastrophenschutz tut Bayern sehr viel. Wir haben dieses Jahr 44,5 Millionen Euro und nächstes Jahr 45,5 Millionen Euro im Haushalt. Beim Bevölkerungsschutz ist der Bund sehr wohl zuständig. Beim THW kennen Sie die Kurven. Da sind die Kurven an dem Punkt nach unten gegangen, an dem die Ampel letztendlich Verantwortung übernahm. Wie Sie wissen, ist der Haushalt 2021 noch von der alten Regierung aufgestellt worden. Der Haushalt 2022 ist auch von der alten Regierung vorbereitet worden. Aber dann geht es bergab. Hier ist der Bund gefordert, mehr zu tun. Das tut er derzeit nicht. Bitte helfen Sie mit, dass wir für Bayern die richtigen Gelder bekommen.

**Florian Siekmann (GRÜNE):** Zum Haushalt 2022: Bei dem, was am Ende im Parlament diskutiert und abgestimmt worden ist, hat die Union im Bund dagegen gestimmt, auch beim Einzelplan fürs THW. Aber ein zweiter Punkt ist vielleicht interessant. Sie sagen, Bayern tut so viel. Es stimmt, Sie haben es im Antrag aufgeführt: 800 Millionen Euro in den letzten zehn Jahren im Bereich von Feuerwehr und Feuerweherschulen. – Nun werden diese beiden Kapitel im Haushalt vollständig aus der Feuerschutzsteuer finanziert. Ich würde sagen, eine zweckgebundene Steuer für ihren eigentlichen Zweck einzusetzen ist noch keine politische Leistung für sich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist erst mal eine gesetzeskonforme Haushaltsaufstellung. Die erwarte ich auch im Parlament; denn diese Mittel dürften für gar nichts anderes ausgegeben werden. Aber wir sehen, es sind trotzdem 100 Millionen Euro Ausgabereste entstanden, und wir haben trotzdem den Sanierungsbedarf bei den Feuerwehrhäusern. Da sind wir als

Freistaat gefordert, mehr zu investieren. Ich sage es noch mal: Sie sind der Grundstein der Gefahrenabwehr in jeder Gemeinde. Das ist ein Garant für die Sicherheit, und ich bin zuversichtlich, mit der neuen Feuerwehrhausförderungsrichtlinie können wir da vielleicht auch noch mal über die Sanierung reden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Holger Dremel (CSU): Höchste Förderungen in Bayern im Katastrophenschutz! Im ganzen Bundesgebiet!)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Siekmann. – Nächster Redner ist Herr Kollege Bernhard Heinisch.

**Bernhard Heinisch (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrtes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer! Die Bedeutung der Arbeit unserer Feuerwehren, Rettungsdienste und des Katastrophenschutzes im Dienst der Gesellschaft ist für uns von unschätzbarem Wert. Jede Investition in diesen Bereichen ist ein wichtiger Beitrag zur Wahrung der Sicherheit und des Allgemeinwohls unserer Bevölkerung.

Angesichts zunehmender Aufgaben, immer komplexer werdender Einsatzanforderungen sowie des Mangels an ehrenamtlichen Mitgliedern infolge des demografischen Wandels wird die Notwendigkeit einer stabilen finanziellen Unterstützung seitens des Freistaates, aber auch des Bundes immer wichtiger. Eine angemessene finanzielle Absicherung ist nicht nur eine Wertschätzung des unermüdlichen Einsatzes der ehrenamtlichen Kräfte, sondern auch eine grundlegende Voraussetzung für die notwendige Planungssicherheit, damit der Katastrophenschutz seine vielfältigen und lebensrettenden Aufgaben auch weiterhin zuverlässig erfüllen kann.

In Bayern haben wir unsere Hausaufgaben gemacht und in weiser Voraussicht die Mittel für den Katastrophenschutz stetig erhöht. Die zunehmenden wetterbedingten Extremereignisse, wie wir sie in den letzten Wochen in Deutschland und vor allem in Bayern erlebt haben, zeigen uns sehr deutlich die Auswirkungen des Klimawandels auf. Auch mein Stimmkreis in der Oberpfalz war von heftigen Überschwemmungen betroffen. An dieser Stelle möchte ich mich ausdrücklich bei allen Einsatzkräften aus dem

Bereich des Katastrophenschutzes in ganz Bayern für ihr schnelles und entschlossenes Handeln bedanken,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

bei dem sie zum Teil ihre Gesundheit und ihr eigenes Leben riskiert haben, um unsere Bevölkerung zu schützen. Vielen Dank dafür! Leider mussten manche Einsatzkräfte ihren wagemutigen Einsatz mit dem Leben bezahlen. Die aufrichtige Anteilnahme unserer Fraktion gilt den Familien.

Dem Katastrophenschutz muss künftig wieder mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Es gilt, präventive Maßnahmen zu ergreifen und die Kapazitäten der zuständigen Organisationen auszubauen. Die Optimierung der intervenierenden Maßnahmen ist entscheidend, um im Ernstfall schnell und effektiv handeln zu können. Hierfür ist auch eine ausreichende finanzielle Ausstattung durch den Bund unerlässlich, um insbesondere ehrenamtliche Kräfte im Katastrophenschutz noch umfassender schulen und ausrüsten zu können.

Für die Rettungsdienste und den Katastrophenschutz in Bayern müssen künftig vonseiten des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe mehr Mittel für eine ausreichende finanzielle Absicherung bereitgestellt werden. Hätte sich Bayern hier auf den Bund verlassen müssen, so wären die Folgen dieser Katastrophe in Bayern noch sehr viel schlimmer gewesen.

Ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung ist aus meiner Sicht auch die Einrichtung des Bayerischen Zentrums für besondere Einsatzlagen sowie die Errichtung des Bayerischen Zentrums für Alpine Sicherheit. Damit schreiben wir unser Sonderinvestitionsprogramm "Katastrophenschutz Bayern 2030" fort und unterstreichen unser fortwährendes Engagement für die Stärkung dieser lebenswichtigen Sektoren, die im Ernstfall unverzichtbar sind. Bleibt zu hoffen, dass endlich bis zur Bundesregierung durchdringt, dass wir uns hier für den Ernstfall breiter aufstellen müssen, und das nicht erst, wenn die nächste Katastrophe anrollt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Heinisch. – CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben mittlerweile ihre Anträge auf namentliche Abstimmung zurückgezogen.

Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Graupner für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

**Richard Graupner (AfD):** Herr Vizepräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kollegen! Der Eindruck des Jahrhunderthochwassers von vor zwei Wochen wirkt noch in uns allen nach. Zehntausende Helfer waren im Einsatz, sowohl Hauptberufliche als auch unzählige Ehrenamtliche. Sie trotzten unermüdlich mit schier übermenschlichen Kräften den Wassermassen, um Hab und Gut sowie Leib und Leben der Betroffenen so gut wie möglich zu schützen. Das, was sie alle hier geleistet haben, ist ein vorbildlicher Dienst an der Gemeinschaft. Das ist wahre Zivilcourage und wahre Solidarität. Ihnen allen gebührt an dieser Stelle nochmals der herzliche Dank aller.

(Beifall bei der AfD)

In dieser Beziehung trifft der Antrag den richtigen Ton und findet auch unsere uneingeschränkte Zustimmung. Das Attribut "heldenhaft", welches Sie hier für die Leistung unserer Helfer verwendet haben, ist durchaus angebracht. Wir begrüßen, dass diese Helden ausdrücklich als solche benannt werden und ihnen damit die gebührende Ehre zuteil wird. Die Ära des Ungeistes eines Joschka Fischer, der deutsche Helden noch totprügeln wollte, muss ein für allemal vorbei sein!

(Beifall bei der AfD)

Werte Kollegen von der CSU, Sie haben auch mit Ihrer Einschätzung hinsichtlich des unwürdigen Gebarens der Ampel-Regierung recht. Trotz anderslautender Beteuerungen und wohlklingender Worte wird bei der Ampel erbarmungslos gespart und zusam-

mengestrichen, zumindest wenn es um die Belange und die Sicherheit der eigenen Bevölkerung geht. Das ist beschämend und empörend, werfen die rot-grünen Umverteiler doch andererseits mit Millionen und Abermillionen von Steuergeldern, die sie selbst nicht erarbeitet haben, in aller Welt um sich: Fahrradwege in Peru, Klimasensibilisierung in Tansania – das sind schon fast geflügelte Worte für die bizarren Welt- und Klimarettungsorgien auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung. Aber zur Wahrheit gehört auch: Vielfach fällt die Urheberschaft solch irrsinniger Entwicklungsprojekte noch in die Zeit der Merkel-Regierung, und zwar unter tätiger Mithilfe der CSU.

Damit sind wir auch schon bei den offenkundigen Schwachstellen des Antrags. Wenn man das alles so liest, drängt sich doch irgendwie der Verdacht auf, die Formulierungen stammen in weiten Teilen aus der regierungsnahen Feder eines Mitarbeiters des Innenministeriums. Dann würde man sich doch fragen: Sind Sie in der CSU-Fraktion nicht mehr fähig oder nicht mehr willens, einen eigenen Antrag zuwege zu bringen? Das durchsichtige Manöver, wieder nur mit dem Finger nach Berlin zu zeigen, ist Augenwischerei und Ablenkung von eigenen Versäumnissen und eigenem Versagen. Ein wenig Selbstkritik? – Fehlanzeige.

Dabei haben wir es in Bayern in puncto Hochwasserschutz immer noch mit teils hoffnungslos veralteten oder gleich gar nicht ausgebauter Infrastruktur und massiven Finanzierungslücken zu tun. Denken wir nur an das unwürdige Hin und Her um den Ausbau der Donafluftpolder auf dem Rücken der Anwohner oder an das Desaster von Dinkelscherben und die berechtigte Wut der Menschen dort; sie haben in gutem Glauben an die Versprechungen des Umweltministers nun teilweise alles verloren.

Dasselbe gilt auch für den Bevölkerungsschutz, der über den Hochwasserschutz weit hinausgeht. Seit über 20 Jahren engagiere ich mich im Stadtrat bei uns in Schweinfurt für den Bevölkerungsschutz, was die Schutzräume für die Bevölkerung angeht. Es war von nirgendwo Hilfe zu erwarten, weder vom Land Bayern noch vom Bund. Hier waren wir immer auf uns allein gestellt bzw. es ging nichts voran.

(Beifall bei der AfD)

Angesichts der von diesen Realitäten meilenweit entfernten Selbstbeweihräucherung, welche Sie mit diesem Antrag wieder einmal betreiben, wird sich meine Fraktion der Stimme enthalten. Den Nachzieher der GRÜNEN lehnen wir ab.

(Beifall bei der AfD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Christiane Feichtmeier für die SPD-Fraktion.

**Christiane Feichtmeier (SPD):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Uns allen sind die Bilder dieser schrecklichen Hochwasserkatastrophe in Erinnerung. Auch wir als SPD stehen hinter unseren Helfer:innen und bedanken uns ganz herzlich für ihr Riesenengagement.

(Beifall bei der SPD)

Trotz des Unglücks ist es schön, zu sehen, wie toll der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft funktioniert. Leider mussten einige diesen Einsatz mit ihrem Leben bezahlen. Wer unter Einsatz seines Lebens anderes Menschenleben rettet, dem gebühren nicht nur Standing Ovationen, sondern auch ein finanzieller Ausgleich, der nicht benachteiligt.

Ich sage aber auch ganz deutlich: Die meisten Menschen wollen dafür gar keine Anerkennung. Für sie war und ist es selbstverständlich, in der Not zu helfen. Das haben sie alle getan. Sie wollen vielmehr, dass die Politik Lösungen findet. Daran müssen wir alle arbeiten: die Kommunen, das Land Bayern und der Bund.

Ich finde es traurig, dass in dem Antrag der CSU so über das THW hergezogen wird, weil 86.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wirklich einen verdammt guten Job gemacht haben.

(Beifall bei der SPD – Holger Dremel (CSU): Wir sind nicht über die Mitarbeiter hergezogen!)

– Aber Sie haben das THW schlechtgemacht und behauptet, dass wir es nicht finanzieren. – Wir alle müssen dafür sorgen, dass der Katastrophenschutz gut aufgestellt ist. Das gilt selbstverständlich für das THW, aber auch für den Freistaat Bayern. Auch hier gibt es noch Aufholbedarf. Ich erinnere Sie nur an den riesigen Sanierungsstau bei den Feuerwehrhäusern, über den wir letzte Woche debattiert haben.

(Holger Dremel (CSU): Das ist kommunale Aufgabe!)

Sie haben recht: Wenn der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung ausdrücklich die Notwendigkeit eines funktionierenden Katastrophenschutzes hervorhebt und den vielen Menschen dankt, müssen dem Taten folgen. Einsparungen sind hier sicherlich der falsche Weg. Deshalb werden sich unsere bayerischen Abgeordneten im Bundestag für mehr Geld einsetzen. Das kann ich hier versprechen.

(Michael Hofmann (CSU): Das war bis jetzt aber nicht sehr erfolgreich!)

Aber wir müssen dafür auch über eine Reform der Schuldenbremse sprechen; denn Geld ist nun mal nicht unendlich. Bund und Länder müssen beim Bevölkerungsschutz Hand in Hand arbeiten. Das tun sie auch. Wir haben uns gestern im Innenausschuss die Vorbereitungen zur EM angesehen. Man muss einfach sagen: Das klappt alles hervorragend.

Wir wollen ein Zeichen setzen, dass wir den Katastrophenschutz gemeinsam voranbringen wollen. Daher stimmen wir beiden Anträgen zu.

(Beifall bei der SPD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Frau Kollegin Feichtmeier. – Wir haben jetzt 18:05 Uhr. Das heißt, wir sind über der Zeit, was bedeutet: Die Abstimmungen zu den Dringlichkeitsanträgen auf den Drucksachen 19/2434 und

19/2465 von CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Bevölkerungs- und Katastrophenschutz Rangziffer 5 der Dringlichkeitsanträge finden in der nächsten Plenarsitzung statt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/2435 mit 19/2438 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.

Die Tagesordnungspunkte 9 und 10 zu den Anträgen der AfD-Fraktion werden in einer der nächsten Plenarsitzungen aufgerufen.

Vielen Dank für die konzentrierten Beratungen. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 18:06 Uhr)



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Holger Dremel, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Petra Guttenberger, Josef Zellmeier, Daniel Artmann, Barbara Becker, Maximilian Böttl, Dr. Alexander Dietrich, Alex Dorow, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Karl Freller, Thorsten Freudenberger, Sebastian Friesinger, Martina Gießübel, Alfred Grob, Patrick Grossmann, Josef Heisl, Thomas Holz, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Andreas Kaufmann, Manuel Knoll, Harald Kühn, Dr. Stephan Oetzinger, Werner Stieglitz, Helmut Schnotz, Martin Stock, Karl Straub, Peter Wachler** und **Fraktion (CSU)**

Drs. 19/2434

#### **Worte und Gesten reichen nicht!**

#### **Bund muss Bevölkerungsschutz wieder finanziell aufbessern!**

Der Landtag drückt seine höchste Anerkennung für den Einsatz und den Zusammenhalt der Bürgerinnen und Bürger sowie der haupt- und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer seit dem Hochwasser am Fronleichnamswochenende aus. Sie haben eine enorme Leistung erbracht. Der Landtag dankt den fast 80 000 Helferinnen und Helfern, auch aus den anderen Ländern und benachbarten Staaten, für ihren heldenhaften Einsatz, der gar nicht hoch genug bewertet werden kann. Viele haben aus Solidarität Leben und Gesundheit für andere Menschen in Not riskiert und Schlimmeres verhindert.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, die Möglichkeit einer Anerkennung für die Helferinnen und Helfer zu prüfen und dem Landtag darüber zu berichten.

Der Landtag stellt fest, dass Bayern mit seinen Investitionen in den Katastrophenschutz die richtigen Schwerpunkte gesetzt hat. In den vergangenen 10 Jahren sind allein für den Katastrophenschutz über 170 Mio. Euro in die Ausstattung der Kommunen (Feuerwehren) sowie der Hilfs- und Einsatzorganisationen investiert worden. Die Ausgaben für den Brandschutz und die Staatlichen Feuerweherschulen summieren sich auf 804,4 Mio. Euro. Auch nach der Flut-Katastrophe im rheinland-pfälzischen Ahrtal, aber auch in Nordrhein-Westfalen und bei uns in Bayern im Sommer 2021 wurden vorausschauend mit den Organisationen, Verbänden und Experten das Geschehen ausgewertet und Lehren daraus gezogen.

Der Landtag unterstützt ausdrücklich die Staatsregierung in ihrem weiteren Bestreben, den Katastrophenschutz zu stärken. Dies umfasst für Bayern neben den bereits bestehenden drei hochmodernen Staatlichen Feuerweherschulen, dem weiteren Ausbau des Bayerischen Zentrums für besondere Einsatzlagen (BayZBE) in Windischeschenbach und der geplanten Errichtung des Bayerischen Zentrums für Alpine Sicherheit (BayZAS) in Bad Tölz auch die Trainingsmöglichkeit für die Wasserrettungsorganisationen Wasserwacht Bayern im Bayerischen Roten Kreuz und Deutsche Lebens-Rettungs-Gesell-

schaft zu verbessern. Für die ins Auge gefasste Errichtung eines Bayerischen Wasserrettungszentrums (BayWRZ) haben die betroffenen Organisationen bereits konzeptionelle Vorschläge erarbeitet, die gegenwärtig gemeinsam finalisiert werden.

Der Landtag begrüßt, dass der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung zur Sicherheitslage am 6. Juni 2024 die Notwendigkeit eines funktionierenden Hilfeleistungssystems hervorgehoben hat. Der Landtag stellt fest, dass dieser eine Aussage zur Finanzierung allerdings schuldig geblieben ist.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Bund in diesem Zusammenhang an seine Pflicht zu einer auskömmlichen Ausstattung der auch für den Zivilschutz relevanten Organisationen – Feuerwehren, freiwillige Hilfsorganisationen und Technisches Hilfswerk (THW) – weiter zu erinnern und den Kürzungen im Bundeshaushalt in diesem Bereich weiterhin entschieden entgegenzutreten.

Die Präsidentin

I.V.

**Tobias Reiß**

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

## **Abstimmung**

### **über Dringlichkeitsanträge aus der Plenarsitzung am 13.06.2024**

Dies sind die noch fehlenden Abstimmungen über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion betreffend "Worte und Gesten reichen nicht! Bund muss Bevölkerungsschutz wieder finanziell aufbessern!" auf Drucksache 19/2434 sowie über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Bayerischen Katastrophenschutz zukunftsfähig aufstellen – echte Wertschätzung für alle Helferinnen und Helfer" auf Drucksache 19/2465. Über diese beiden Dringlichkeitsanträge konnten wir in der letzten Plenarsitzung am 13. Juni 2024 aus Zeitgründen nicht mehr abstimmen.

Zunächst lasse ich über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion abstimmen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 19/2434 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CSU, FREIE WÄHLER und SPD. Gegenstimmen! – Keine. Stimmenthaltungen! – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die AfD. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Als Nächstes stimmen wir über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/2465 ab.

Wer dem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Gegenstimmen! – Das sind CSU, FREIE WÄHLER und AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.